

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 RM, vierteljährlich 4,50 RM; durch die Post bezogen monatlich 2 RM, vierteljährlich 6 RM. — Veranlagungsanzeigen 10 cm pro Zeile 75 Pf. — Feil- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy; Druck: J. Hausmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Bismarckstr. 38-42, Telefon-Nr. 89, 89 a, 98. Telegr.-Nr.: Altkreis Bochum.

Tarifvertrag und Unorganisierte.

Die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen haben sich seit ihrem Bestehen für den Abschluss von Tarifverträgen eingesetzt. Die vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist für die Masse der Arbeiter und für deren Organisationen eine unerlässliche Notwendigkeit. Die härtesten Kämpfe haben die Arbeiter in den einzelnen Berufen um den Abschluss von Tarifverträgen geführt. Auch im Bergbau sind vor dem Kriege solche Kämpfe darum geführt worden. Der letzte Streik war der mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter im Jahre 1911, welcher bis zu 18 Wochen dauerte. Die Arbeitgeber des Bergbaues waren aber von jeher die härtesten Gegner des Tarifwesens und sind es auch heute noch. Sollte jemals die Zeit kommen, wo die unionistisch-kommunistisch-syndikalistischen Auseinandersetzungen die Arbeiterschaft des Bergbaues genügend beiseite drängen haben, so dürfen wir sicher sein, daß das Sentimentsbeil der Arbeitgeber in diesem Augenblick die Tarifverträge annullieren wird. Darum fördern auch die Arbeitgeber solche Bestrebungen, welche sich auf die organisatorische Vernichtung der gewerkschaftlichen Arbeiterverbände einstellen.

Der Arbeitgeber sollte jeder andere Staatsbürger wissen ganz genau, daß Verträge nur Geltung haben für die Mitglieder der vertragsschließenden Parteien. Trotz alledem zählen die Arbeitgeber aber die tarifmäßigen Löhne auch an die Unorganisierten, geben ihnen denselben Urlaub, ebenso Kinder- und Hausstandsgeld in derselben Höhe, wie den gewerkschaftlich organisierten Kameraden. Kann es einem da noch wundern, wenn der Drang der gewerkschaftlich zusammengeflorenen Kameraden immer stärker in dem Verlangen, die Unorganisierten endlich von den Tariflöhnen auszuschließen? Der Vertrag besteht nur für die Mitglieder der Vertragsparteien. Mehrere Urteile der Gewerbe- und Bergelverberichte liegen bereits vor, daß Unorganisierte — dazu zählen auch die Unionisten — keinen Anspruch auf den Inhalt des Tarifvertrages haben. Trotzdem zahlen die Arbeitgeber diesen Schmarokern denselben Lohn wie den Gewerkschaftlern. Das letztere zu bestimmten Zwecken geschieht, ist vollends klar. Auf solche Art glauben die Privatkapitalisten, die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu vernichten zu können, um nachher ein um so leichter Spiel mit den Massen der unorganisierten Arbeiter zu haben.

Die Unorganisierten selbst merken zum Teil nicht das Verwerfliche ihres Tuns. Jedes Schamgefühl ist bei ihnen längst verloren gegangen. Sie halten es für selbstverständlich,

daß sie von dem mitbekommen, was die anderen durch die Organisation, durch die Kraft ihres Zusammenschlusses erreicht haben. So niedrig wie die Tätigkeit eines Streikbrechers ist auch das Verhalten des Unorganisierten zu bewerten. Er stützt das Vorgehen und die Macht der Arbeitgeber und mindert die Stohkraft der Arbeiterschaft. So wie darum nach jedem Streik die Streikbrecher von den kämpfenden Gewerkschaftskameraden behandelt worden sind, genau so müssen auch heute die Unorganisierten behandelt werden. In fast allen Revieren und Bezirken unseres Verbandes wird heute nachdrücklich der Ausschluß der Unorganisierten von den Tarifen verlangt. Wenn das der Wunsch und die Absicht aller Mitglieder ist — und daran ist bestimmt nicht zu zweifeln! —, dann ist es aber auch höchste Zeit, daß jedes Mitglied sich mit vollem Ernst dafür einsetzt. Wer noch mit einem Unorganisierten arbeitet, kann Vorwürfe gegen die Organisation nicht erheben; wer gar noch freundschaftlich-nachbarlichen Verkehr mit ihm unterhält oder gar noch Skat mit einem solchen Schmaroker spielt, ohne dabei über Organisationsfragen zu reden, hat jedes Recht der Kritik verwirkt. Die Selbsthilfe war immer die beste Hilfe. Ein Verlaß auf die Arbeitgeber ist eine Utopie, da diese kein Interesse an starken gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen haben. Sollen die Arbeitgeber gezwungen werden, den abgeschlossenen Tarifvertrag auch nur für die Vertragsparteien durchzuführen, dann ist es Aufgabe eines jeden Mitgliedes, auch dafür zu wirken. Nicht die Organisationsleitung und die wenigen Funktionäre vermögen dieses durchzuführen, sondern dazu ist die Einsetzung der Kräfte aller Mitglieder notwendig.

So wie bisher kann es nicht weitergehen. Wer nicht sät, soll auch nicht ernten. Wer sich nicht organisiert, soll auch nicht teilhaben an den Erfolgen, welche durch die Organisation herausgeholt werden. Die Karole für alle Verbandsmitglieder sollte deshalb sein, zunächst auf den unorganisierten Arbeitskollegen durch Ueberzeugung einzuwirken. Wo man es aber mit Elementen zu tun hat, die sich vor der Beitragszahlung drücken wollen — und das ist die Mehrzahl der Unorganisierten — soll man auch vor jedem bergmännischen Mittel, deren es eine große Anzahl gibt, nicht zurückschrecken. Den Parafiten innerhalb der Arbeiterschaft muß Einhalt geboten werden. Wollen unsere Verbandsmitglieder dieses wirklich durchgeführt haben, so ist die resolute Einsetzung jedes Einzelnen unabdingbare Voraussetzung. Das und die Arbeitgeber dann nicht freiwillig geben; werden wir uns bestimmt erzwingen. Die Frage ist reif, es gilt zu handeln!

A. S.

Wie kann die Kohlenförderung gesteigert werden?

Unter diesem Titel ist im Verlage von Emil Busch, G. m. b. H. in Essen, eine 37 Seiten umfassende Broschüre von Heinrich Mantel erschienen, welche eine Antwort auf die brennendste Frage der Gegenwart geben soll, bezüglich der Arbeiter aber völlig auf die frühere Denkweise eingestellt ist. Ganz die alte Schule. Damit ist nichts gewonnen. Dagegen ist die Aufzeichnung der technischen Mängel recht verdienstlich. Zwar sagt uns Mantel auch hier nichts Neues. Aber seine zusammenfassende Darstellung läßt die technischen Mängel besonders wirkungsvoll hervortreten und sie verdient daher die Beachtung aller in Betracht kommenden Stellen.

Mantel geht von der Voraussetzung aus, daß es vor allem technischer Reformen bedürfe, um eine Fördersteigerung zu erreichen. Einleitend legt er dar, daß es vor Gründung des Kohlenhindikats 1893 mit der Bergbautechnik noch recht traurig bestellt war. Wörtlich heißt es dann:

„Erst das Streben der Bergleute nach höheren Löhnen, kürzerer Arbeitszeit und durchgreifenden Sicherheitsmaßnahmen, das in dem großen Streik von 1889 so explosionsartig zum Ausbruch kam, sollte den Anfang bedeuten für den technischen Aufstieg, wie wir ihn bis zum Ausbruch des Weltkrieges zu verzeichnen hatten.“

Kurz und treffend wird hier ausgedrückt, was ist. Den Antrieb des technischen Aufstieges bildete das Streben der Bergleute nach Verbesserungen. So steht es auch noch heute. Die werksfreundliche Presse, welche ständig über die „Begehrtheit“ der Bergleute weilt, sollte sich diese Tatsache einmal zu Gemüte führen. Ebenso sollten das die Werkbesitzer tun, welche dieses Streben der Bergleute jahrzehntelang mit allen Mitteln zu unterbinden suchten.

Den Förderwagen und Grubenschienen widmet Mantel das erste Kapitel. Er schildert, wie die Verwendung von Drehlauf und Elektrizität die Förderverhältnisse umgestaltet hat. Die Folge war, daß die Förderwagen immer größer und die Schienen schwerer und unhandlicher wurden. Aus diesen technischen Schwierigkeiten zieht Mantel in Rücksicht auf eine bessere Förderung die Augenwendung: „Zurück zum kleineren handlichen Förderwagen, zurück zu leichteren Grubenschienen!... Die Verwendung größerer Schienenprofile muß auf Strecken mit maschineller Förderung und ebenfalls auf Börsenberge beschränkt bleiben.“ Das wird man unter Umständen können. Auch was Mantel über Wagenschmierung, Wagenspindhaltung, Wagenkupplung usw. sagt, ist leider nur zu richtig. Auf alles das wird nicht die Sorgfalt verwendet die notwendig ist, obwohl davon die Förderung mehr oder weniger abhängt. Man kann Mantel zustimmen, wenn er zu dem Ergebnis kommt, daß ein Wagenmeister, der für den tadellosen Zustand des Wagenparks verantwortlich zu machen wäre, sich gut bezahlt machen würde.

Das zweite Kapitel ist den Schüttelrutschen und dem Klein-

kaum noch gebunden ist, wesentlich an Holz gebaut wird und bei gutem Verlaß die Weiterführung besser ist, wie bei den kurzen Abbaustößen der älteren Abbaumethoden. Diesen vermeintlichen Vorteilen stehen aber hauptsächlich die Nachteile gegenüber die größere Bruchwahrscheinlichkeit, die größeren Hemmnisse bei Gebirgsstörungen, die stärkere Belastung der einzelnen Betriebe, die größeren Gefahren usw. Neben diesen großen Mängeln haften dem Kleinförderbetriebe noch viele kleinere an, die Mantel kurz und treffend schildert. Bei Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile kommt Mantel zu dem Ergebnis, daß der Kleinförderbetrieb in dem heutigen Ausmaße keine Existenzberechtigung mehr hat und nur noch Anwendung finden soll bei besten Flöz- und Gebirgsverhältnissen und zum Aufbauen zwecks Herstellung von Weiterdurchschlägen.

Im dritten Kapitel behandelt Mantel Vergeberias, Wechselwagen, Druckschleife und Vergebewagen. Beim Vergebewagen sind im allgemeinen, und besonders im Kleinförderbetriebe, viele Arbeiter beschäftigt und der unmittelbaren Kohlengewinnung entgegen. Mantel wird daher die Frage auf, ob es gegenwärtig nicht richtiger ist, den Vergebewagen nach Möglichkeit einzuschränken und ihn nur dort anzuwenden, wo es im Interesse des Gemeinwohls unbedingt notwendig ist, unter bewohnten Siedlungen, Straßen, Eisenbahnen, Kanälen und anderen gemeinnützigen Einrichtungen. Das ist jedenfalls eine heikle Frage. Wenn es überhaupt möglich ist, kann man derselben nur in dem Maße näher treten, wie die Rücksicht zum kurzen Abbaustöße fortwähret. Die Wechselwagenfrage hängt mit der Verfahrfrage und dem Schüttelrutschenbetriebe eng zusammen. Das Anammeln von Bergewagen bei Betriebsstörungen usw. beeinflusst die regelmäßige Wagenverloerung des Gesamtbetriebes äußerst ungünstig. Statt des einseitigen Druckschleifes werden zwei- oder dreigleisige hergestellt und so das Anammeln der leeren und vollen Förderwagen ermöglicht. Das wäre beim kurzen Abbaustöße nicht notwendig. Die von Mantel geschilderten Remurrungen sind bekannt und man kann ihm beistimmen, wenn er sagt, daß sie sich zum mindesten vermeiden ließen. Seine Auffassung, daß hinsichtlich des Anmachens der Grubenträume „des Guten oft zu viel getan und das praktisch und technisch Notwendige weit überschritten“ würde, teilen wir jedoch nicht.

Im vierten Kapitel behandelt Mantel Materialen, Gezüge, Bohrmaschinen und Schläuche. Was er hier sagt, ist besonders beachtenswert. „Gutes Gezüge ist die halbe Arbeit“, sagt treffend der Bergmann. In dieser Beziehung sieht es aber besonders übel aus. Empört ruft er:

„Sollte man es glauben, daß heute, wo es wieder beste Materialien in Fülle und Fülle gibt, immer noch mit schlechtem Kriegsgelände gearbeitet wird, so daß sich Beamte und Arbeiter oft die Schwindel auf den Kopf argen können? Sollte man es glauben, daß heute noch Kosterleistungen, die wie Vergleute sagen, nicht einmal von 12 Uhr bis Mittag dicht halten, Verwendung finden? Nein, es ist kaum zu glauben, und doch ist es so! Und nicht nur mit diesen Dingen ist es so, auch an Ventilen, Schläuchen, Verbindungsstücken usw. werden Sachen gekauft, die das in die Grube schleppen nicht wert sind. Denn es ist hier Verwendung finden, und sie schon unbrauchbar geworden. Hier reißt kein Anzeichen eines Ventils der Grund ab, dort geht der Schläuchlein...“

Defekt heraus. Entweder schließt es nicht dicht ab oder es ist in der Nacht gerissen! und darum ohne weiteres undicht. Ja, es ist oft geradezu ein Jammer!“

Mantel schreibt aus der Praxis, denn er amtierte bis vor kurzem als Fahrsteiger auf Diergardt. Was er schildert, stimmt mit dem überein, was wir taufendfach von Vergleuten gehört haben. Wer die Ursachen des Förderrückganges ergründen will, muß neben den technischen Einrichtungen besonders die Frage der Materialien, Gezüge, Bohrmaschinen, Schläuche usw. studieren. Jeder wird dann zu dem Ergebnis kommen: Ja, es ist oft geradezu ein Jammer! Wir stimmen vollkommen mit Mantel überein, wenn er sagt: „Nur allerbeste Werkzeuge und Materialien dürfen zur Verwendung kommen, da nur solche einen sicheren Betrieb gewährleisten und im Effekt somit billiger sind, als minderwertiger Kram.“

Was Mantel weiter über die Gezügehandhabung und Gezügewirtschaft sagt, ist treffend und zeugt von großer Erfahrung. Wir stimmen ihm auch zu, daß in jedem Revier eine Gezügebude eingerichtet werden muß, wo nicht nur das Gezüge, sondern auch die sonstigen Materialien verwahrt werden. Dabei muß aber jeder Arbeiter sein eigenes Gezüge behalten, an das er sich gewöhnt hat. Somit muß jedes Gezügestück nicht nur die Nummer des Reviers, sondern auch die des Arbeiters tragen. Auch ist es unmöglich, daß die Arbeiter ihr gesamtes Gezüge jede, Schicht an der Gezügebude gramlagen können, selbst wenn sie in deren Nähe beschäftigt sind. Das gäbe eine lächerliche Schleppeerei, die nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch in dem des Betriebes vermieden werden muß. Die Gezügestücke müssen folglich ausbleiben. In der Gezügebude brauchen mithin auch nur die Gezügestücke abzugeben und wieder empfangen zu werden, welche neu in stand gesetzt werden müssen.

Im fünften Kapitel behandelt Mantel die Normalisierung und Typisierung der technischen Einrichtungen. Heute herrscht bei den Gezügestücken, Bohrmaschinen, Bohrhammern, Gabeln, Motoren, Ventilatoren usw. sowie Erstickteilen ein buntes Durcheinander der verschiedenen Systeme. Bei Nüssen, Schrauben, Schienenbefestigungen, Rollen, Flanschen usw. liegt es genau so im argen. Mantel schreibt treffend:

„Wieviel Wagenentlastungen infolge schlecht passender Rollen bekommen, ist gar nicht auszusprechen, und wieviel Förderrückfall auf das Konto von nicht passenden Gabeln- und Motorerstickteilen zu buchen ist, ebenfalls nicht. Es soll hier nicht unterlucht werden, wie solche Zustände entstehen können. Wer denkfähig ist, weiß das ohnehin. Wir haben zwar einen Schmiergeldparagrafen, geschmier wird aber trotzdem doch. Derjenige gilt ja auch immer noch für dumme, der sich nicht schmieren läßt. Das ist nun einmal unsere herrschende Moral auch noch heute. Mit dem Schmiergeldparagrafen ist also dem Unfug nicht beizukommen, ergo müssen andere Mittel angewandt werden. Schon man eine wissenschaftlich-technische Kommission von Fachleuten ein zur Feststellung brauchbarer Gezüge- und Maschinenstücke. Es sollte wirklich keine schwere Aufgabe sein, da das Gute herauszufinden: Im Interesse der Kohlenförderung und der gesamten Wirtschaft wird das auf die Dauer unerlässlich sein.“

Was Mantel hier und auch schon in den vorhergehenden Kapiteln sagt, spricht nicht gerade für die privatkapitalistische Wirtschaft. Trotzdem kommt er bezüglich der Arbeiter über die privatkapitalistische Denkweise nicht hinaus, sondern der Mensch ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Das zeigt sich schon in dem Kapitel über Schüttelrutschen und Kleinbetrieb, worin er darlegt, daß hier alles auf eine besonders gute Organisation ankomme, die aber Autorität der Beamten und guten Willen der Arbeiter voraussetze. Beides sei durch die Revolution geschwunden. Früher, als der Unteroffizierstand angewandt werden konnte, sei im Kleinförderbetriebe noch etwas herausgeholt gewesen. Weil das aber heute nicht mehr möglich sei, habe sich diese Betriebsart überlebt. Der Erlös des Kleinförderbetriebe: beruhe danach auf dem Unteroffizierstand, worunter Mantel fälschlich Autorität zu verstehen meint. Es ist ihm noch nicht klar geworden, daß die Arbeitstunde durch äußeren Zwang nicht gehoben, sondern unterbunden wird, denn er tritt im letzten Kapitel „Aufsicht und Beamtenfragen“ für eine vermehrte Aufsicht auch unter Tage ein, von der er alles erwartet. Auf Seite 36 schreibt er z. B. unter anderem:

„Man wende nicht ein, dazu seien zu viel Beamte nötig. Es ist schon angedeutet, daß im Kleinförderbetriebe zu viel Aufsicht überhaupt nicht sein kann. Der Zustand im Tagesbetriebe, wo, wie gesagt, auf jeden Arbeiter eine Aufsichtsperson kommt, würde damit noch lange nicht erreicht werden. Dieses Verhältnis ist aber für den Kleinförderbetrieb ebenfalls anzustreben. Denn hier ist es nötiger, wie über Tage. Hier ist noch stärkere Nacht, während der Tagesbetrieb mit seinen Beamten und Arbeitern von der Sonne beschienen wird. Hier unten ist es darum unbedingt notwendig, daß hinter jeder Kolonne Zimmerhüter, Reiniger und Schlepper ein Beamter steht und damit hin- und hergeht wie ein Rottenführer. Dann wird auch was geschafft und die Gruben werden bald mit weniger Leuten dieser Gattung erstanden, zum Nutzen der Kohlenförderung und der Allgemeinheit.“

Es fehlt nur noch, daß diesem Vordächel die Beistöße zugeführt wird, es würde dadurch außerordentlich vervollständigt. Nein, so geht es nicht. Der auf- und abgehende Rottenführer kann die Beistöße und damit die Arbeitsleistung nicht heben. Das Beweist gerade das Wort die Beistöße. Besser hätte sich Mantel selbst gar nicht abwägen können, wie mit diesem Beispiel. Die Mechanisierung des Menschen durch die privatkapitalistische Wirtschaft hat eine innere Verödung, eine Entfesselung herbeigeführt, die durch vermehrte Aufsicht und Zwang nicht gehoben werden kann. Dadurch wird den Menschen die Arbeit, mit der sie durch nichts mehr verbunden sind als durch den Lohn, noch mehr zur Last und Qual gemacht. Der beste Beweis hierfür ist der Schüttelrutschenbetrieb, wo durch die Mechanisierung die körperliche Betätigung unterbunden und damit den Menschen die Freude an der Arbeit genommen wird. Mantel sagt selbst, daß nicht im Schüttelrutschenbetriebe, sondern nur im Kleinbetriebe wirkliche Vergleute herangebildet werden können. Warum? Weil hier der Arbeiter seine Schicksalstrack betätigen und darum seiner Arbeit froh werden kann. Wo das aber der Fall ist, bedarf es keiner vermehrten Aufsicht. Mantel sollte das, was er über die notwendige Umstellung zum Kleinbetriebe gesagt hat, einmal in Verbindung mit den Menschen bringen und weiter durchdenken, dann wird er jedenfalls

Kohlenwirtschaftliche Selbstverwaltungsförderung

Obwohl wir sowohl in der 'Bergarbeiter-Zeitung' wie auch in den Jahrbüchern unseres Verbandes längere Abhandlungen über die sozialen, kalk- und wirtschaflichen Selbstverwaltungsförderung gebracht haben...

Die selbstständigsten privatrechtlichen Interessengemeinschaften gab es im Kohlenbergbau, der bis über die Mitte des vorigen Jahrhunderts nur unter staatlicher Oberaufsicht betrieben werden durfte...

In der Sturm- und Drangperiode der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts verlangten die 'liberalen' Grundbesitzer die Aufhebung des staatlichen Direktionsprinzips...

Die Grundbesitzer konnten nun ungehindert dringieren. Die Schächte vermehrten sich, die Produktion stieg. In den dem Kriege von 1870-71 folgenden Gründerjahren, glaubten viele, die Gelegenheiten zur Beobachtung der Entwicklung in Rheinland und Westfalen hatten...

Die Generalversammlung erachtet eine angemessene Reduktion der Förderung bei den Steinkohlenzechen unseres Distrikts als das unentbehrliche Mittel, den üblichen Wirtungen der Überproduktion ein baldiges Ende zu setzen...

Die dem Staat abgerungenen Bergbaufreizeit sollte nun wieder aus eigenem Antrieb der Grundbesitzer und im Interesse des Profits behindert werden. Mit diesem Beschluß wurden die Verhandlungen zu der am endlich 1893 vollzogenen Gründung des Rhein-Westfälischen Kohlenverbands eingeleitet...

Der kurzen historischen Schilderung ist zu entnehmen, daß, als eine reichsgesetzliche Regelung der Kohlenwirtschaft in Erwägung gezogen wurde, gewisse Grundlagen vorhanden waren, die das Denken derjenigen, die mit der Bearbeitung betraut wurden, beeinflussten...

Der organisatorische Aufbau der Reichskohlenwirtschaft, der die Steinkohle, Braunkohle, Kesselkohle und den aus Kohle erzeugten Koks umfaßt, gestaltet sich nach den Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz wie folgt: In den einzelnen Bergwerksbezirken, die fast immer geographisch gebildet sind, haben sich die Bergwerke zu Syndikaten zu vereinigen...

Die Leitung der gesamten Kohlenwirtschaft ist einem Reichskohlenrat übertragen, der sich folgendermaßen zusammensetzt: 3 Vertreter der Länder, 15 bergbauliche Unternehmer, 15 bergbauliche Arbeiter, 1 Unternehmer der Gasanlagen, 1 Arbeiter der Gasanlagen, 2 technisch-bergbauliche Angestellte, 5 Kohlenhändler, 1 Angestellter des Kohlenhandels, 2 Unternehmer der Kohleerzeugenden Industrie, 2 Arbeiter der Kohleerzeugenden Industrie, 2 Vertreter der Kohleerzeugenden Kleinverarbeiter, 2 Vertreter der Gewerkschaften, 1 Vertreter der städtischen Kohlenverbraucher, 1 Vertreter der ländlichen Kohlenverbraucher, 1 Vertreter der Eisenbahnen, 1 Vertreter der Seefahrt, 1 Vertreter der Himmelfahrt, 1 Sachverständiger für Kohlenbergbau, 1 Sachverständiger für Kohlenforschung, 1 Sachverständiger für Dampfboilerbau...

nehmen nicht eingegangen werden kann, weil es zu weit führen würde — zu setzen. Die ausführenden Organe sind der Reichskohlenverband und die Syndikate, wobei dem Reichskohlenverband die wichtigsten Aufgaben zur Erledigung übertragen sind...

In den Vorständen des Reichskohlenverbandes und der Syndikate muß je ein von den bergbaulichen Arbeitermitgliedern des Reichskohlenrates in Vorschlag gebrachtes Mitglied berufen werden, das gleichberechtigt in der Geschäftsführung tätig zu sein hat...

Die Kohlenwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper stellen, trotz der ihnen noch anhaftenden Unvollkommenheiten, einen Fortschritt dar. Man muß sich erinnern, wie es ebendamals war. Infolge der wirtschaflichen Macht, die im Bergbau verkörpert ist, und dank der strengen Unternehmervereinbarungen aller Art vertriehen die Generalbetriebsleiter die Kohlenwirtschaft. Nichts war ihrem Einfluß entzogen...

Alle Anfang ist schwer. Der Uebergang von einer rein privatkapitalistischen Wirtschaftsführung und Orientierung zu einer vollkommenen Gemeinwirtschaft läßt sich nicht mit Gewalt erstreben, sondern kann nur auf dem Wege der evolutionären Entwicklung erzielt werden...

Gesetzgebung und Verwaltung

Arbeitskammer für den Kohlenbergbau

In der am 1. Dezember in der 'Gesellschaft Erlolung' in Essen abgehaltenen Gesamtsitzung der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets wurden u. a. folgende Beratungsgegenstände behandelt:

- 1. Genehmigung des Haushaltsplanes für das Geschäftsjahr 1922.
2. Einführung von Hauserscheinen.
3. Antrag betr. Vorbildung der Aufsichtspersonen im Sinne der §§ 73 und 74 des Allgemeinen Berggesetzes.
4. Einführung von elektrischen Grubenlampen.
5. Regelung des Reinigungsweßens in Bergwerksbetrieben.
Zu 1 wurde der vom Rechnungsausschuß aufgestellte Haushaltsplan ohne Änderung einstimmig angenommen.
Zu 2 wurden von der Arbeiter- und Angestelltengruppe die nachfolgenden Richtlinien einstimmig angenommen und beschlossen...

Richtlinien über Einführung von Hauserscheinen.
I. Der Hauserschein wird ausgestellt für diejenigen, die eine zweijährige Periode als Lehrling, davon die letzten drei Monate ihrer Betätigung in einer Lehrmeisterabteilung, und ein weiteres Beschäftigungsjahr als Jungarbeiter zurückgelegt haben.
II. Den zurzeit tätigen Hausern ist der Hauserschein unter Voraussetzung der Ziffer 5 zu gewähren.
III. Hausern aus anderen Bergbaubezirken kann ebenfalls der Hauserschein erteilt werden.
IV. Grubenbeamte, Wetterkontrollen, Ortsälteste, Schieß- und Bohrmeister müssen im Besitze von Hauserscheinen sein. Wetterkontrollen und die mit Schießerarbeiten betrauten Personen sollen außerdem vor Eintritt ihrer Beschäftigungsart einer besonderen Prüfung unterzogen werden...

VI. In Streitfällen zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat oder zwischen dem Arbeiter und den vorgenannten Stellen entscheidet ein von der Arbeitskammer für jedes Berggebiet zu bestimmender Ausschuß. Der Ausschuß soll sich zusammensetzen aus zwei Arbeitnehmern und zwei Betriebsleitern. Der Vorsitzende wird von den Beisitzern selbst gewählt. Ergibt sich hierbei keine Verständigung, dann ernannt die Arbeitskammer den Vorsitzenden.
VII. In denjenigen Betrieben, wo ein Betriebsrat auf Grund des Betriebsratsgesetzes nicht besteht, tritt an dessen Stelle der Betriebskommissionar.

Da zu den Anträgen zu 3 und 4 ebenfalls mit der Arbeitergruppe eine Einigung nicht erzielt werden konnte, mußten diese Anträge ordnungsgemäß an die Arbeiter- und Angestelltengruppe zur gesonderten Beratung und Beschlußfassung zurückverwiesen werden. Punkt 5 wurde einem besonderen Ausschuß zur Vorbereitung überwiesen.

Nachrichten aus der Montanindustrie. Preussischer Eisenerzbergbau.

Im Jahre 1918 belief sich die deutsche Eisenerzförderung auf fast 36 Millionen Tonnen; davon entfielen aber auf Elsaß-Lothringen 21,19, auf Luxemburg 7,38 Mill. To., zusammen rund 28,47 Mill. To., so daß nach dem Verlust Elsaß-Lothringens und der Auffassung der Wirtschaftskurien mit Luxemburg diejenigen Gebiete nicht mehr zu uns gehören, aus denen 1913 unsere Eisenerzindustrie vornehmlich mit Eisenerzen versorgt wurde...

Table with 5 columns: Year, Hauptwerke, Nebenwerke, Schmelzwerke, Forderung in Tonnen (total and pro Schmelzwerk).

Diese Angaben beruhen auf amtlichen Ermittlungen. Das statistische Material stammt von den Betriebsverwaltungen. Ob die Angaben alle einwandfrei sind, wie man beispielsweise die Förderung pro Kopf berechnet hat, davon sind die Verwaltungen nicht unterrichtet...

Das zweitbedeutendste preussische Eisenerzgebiet ist der Bezirk Steingalagatte. Dieser ist die Hälfte der Güte, von der sich 25 Prozent der Aktien im Besitz des Reiches befinden.

Das ostelbische Braunkohlenyndikat

kann für das Geschäftsjahr 1920/21 berichten, daß es mit 25,59 Prozent an der deutschen Braunkohlenförderung und mit 30,05 Prozent an der Bricketfabrikation beteiligt war. Zu diesem Ergebnis trugen bei:

Table with 4 columns: Betrieb, Braunkohlenförderung in T., Bricketfabrikation in T., Prozent.

Der Absatz an Rohkohle vollzog sich noch zufriedenstellend. Die Entwicklung des Marktes läßt bereits mit aller Deutlichkeit die Größe der für den Kohlenabsatz bestehenden und noch zu erwartenden Schwierigkeiten erkennen. Insbesondere wird es, wie der Bericht sagt, im volkswirtschaftlichen Interesse geboten sein, den Verkauf von Rohbraunkohle durch fruchtliche Detarifizierungsmassnahmen zu unterstützen...

Vom Bergbau des Deutschen Reichs

Die frühere österreichische Bergbauindustrie ist durch den 'Friedensvertrag' von St. Germain zerfallen worden. 1920 waren nur noch im Betrieb 75 Braunkohlengruben, die 17.704 Personen beschäftigten und an Löhnen und Gehältern 580 Millionen Kronen zahlten. Die Förderung betrug 2,1 Mill. To. im Werte von 1.468 Mill. Kr. Der Verkauf betrug 1,35 Mill. To. Kohle (davon ins Ausland 54 To.). Die Förderung hat gegen 1919 um 0,4 Mill. To. zugenommen (1911 betrug sie 2,50 Mill. To.). Steinkohlengruben waren 18 im Betrieb, die 2077 Mann beschäftigten und 873,6 Mill. Kr. an Löhnen zahlten. Die Förderung betrug 182.864 To. (gegen 90.472 To. pro 1919 und 84.666 To. in 1911). Der Inlandsverkauf betrug 118.006 To. Die Eisenerzförderung betrug 4,35 Mill. To. (gegen 2,5 und 18,3 Mill. To. in 1919 bzw. 1911). Der Inlandsabsatz betrug 2,7 Mill. To. Kohlerze. Ins Ausland (Tschechien) wurden rund 1,3 Mill. To. abgesetzt. 10.550 Tonnen niederösterreichische Eisenerze gingen nach Deutschland. Die Kohleneisenerzeugung betrug 99.786 To. (gegen 61.850 in 1919 und 564.947 To. in 1911). Die Förderung an rohen Blei- und Zinkergängen betrug 783.513 Doppelzentner gegen 791.129 D.-Z. in 1919. Ins Ausland gingen 1572 D.-Z. Kohlerze und 4777 D.-Z. aufbereitete Erze. Der Kupfererzbergbau lieferte an Roherzen 284.089 D.-Z. (gegen 237.509 in 1919 und 114.029 D.-Z. in 1911). Nach Deutschland gingen 1100 D.-Z. aufbereitete Erze. Die Erzeugung der Blei- und Kupferhütten betrug 89.734 D.-Z. Blei (gegen 17.641 und 36.931 in 1919 bzw. 1911) und 16.451 D.-Z. Kupfer (6476 bzw. 18.256). Der Schmelzmetallbergbau lieferte an Roherzen 227.597 D.-Z. (gegen 101.780 pro 1919 und 41.621 in 1911). Ins Ausland (Deutschland) gingen 1538 D.-Z. Roherze und 300 D.-Z. aufbereitete Erze (aus Tirol).

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Ertragsbeiträge zur Förderung der Sozialisierung.

Zur Finanzierung der Sozialisierung durch die Gewerkschaften schreibt die vom Verband sozialer Baubetriebe herausgegebene 'Soziale Bauwirtschaft' (Nr. 22): Der Verbandsrat der Dachdecker nahm nach einem eingehenden Referat von Schmidt-Frankfurt a. M., über die Sozialisierung in Baugewerbe mit großer Mehrheit folgende Entschlüsse an:

Die in Folge vom 13. bis 18. November 1921 versammelten Vertreter des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands bringen zum Ausdruck, daß eine Gesundung des Bau- und Wohnungsweßens nur dann möglich ist, wenn die gemeinwirtschaftliche geregelt wird. Dem Reich, Ländern und Gemeinden wird erwartet, daß baldigst gesetzliche Bestimmungen erlassen werden, die die Gemeinwirtschaft regeln. Bevor dieses durchgeführt ist, beschließen die Vertreter, alles zu unternehmen, was die Sozialisierung vorwärts bringen kann. Die Bestrebungen des Verbandes sozialer Baubetriebe in Verbindung mit den anderen baugewerblichen Verbänden sind nachdrücklich zu unterstützen. Es wird weiter verlangt, daß die Betriebe auf möglichst breiter Grundlage, also in Gesellschaftsform, aus- und umzubauen sind, da nur dieses die gegebene Form ist, um alle baugewerblichen Arbeiter für die Sozialisierung zu gewinnen. Anstatt der vom Zentralverband beantragten 50.000 Mark werden 100.000 Mark bewilligt. Darüber hinaus werden die Kollegen ersucht, weitere persönliche Mittel dem Verbande sozialer Baubetriebe zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wird die Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe 'Soziale Bauwirtschaft' den Mitgliedern dringend zum Abonnement empfohlen, damit die Kollegen ständig auf dem laufenden gehalten werden. Die Errichtung von Dachdeckerbetrieben hat nur in enger Verbindung mit den in Frage kommenden Körperlichkeiten zu geschehen; wilde Genossenschaften sind wie andere, auf privatrechtlicher Grundlage stehende Betriebe zu vermeiden. In diesem Hinblick des Dachdecker-Verbandsrats ist weiterhin er-

Schäfer am Verband sozialer Baubetriebe beteiligt. Die 100 000 M., die er dem Verband sozialer Baubetriebe als Stammkapital zur Verfügung stellt, bedeuten für ihn, auf die Mitgliederzahl umgerechnet, ebenfalls wie die 5 Millionen M., die der Bauarbeiterverband schon im vorigen Jahre zur Verfügung gestellt hat. Dann aber ist besonders wichtig, daß der Dachdecker-Verband beschlossen hat, 5 Prozent aus seinen zentralen Einnahmen laufend zur Förderung der Sozialisierung zur Verfügung zu stellen. Es ist der erste Verband, der einen solchen Beschluß gefaßt hat. Im Bauarbeiterverband und in einigen anderen Verbänden werden nur in einzelnen Bezirken zur Finanzierung der Bauunternehmensverbände laufende Sozialisierungsbeträge erhoben. Der Beschluß des Dachdecker-Verbandstages kann allen anderen Verbänden als leuchtendes Beispiel dienen.

Im Bauarbeiterverband besteht die Pflicht, auf dem Verbandstag im nächsten Frühjahr ebenfalls einen festen Sozialisierungsbetrag zu beschließen und ihn zusammen mit dem ordentlichen Beitrag zu erheben. In Aussicht genommen sind 50 P. je Mitglied und Woche. Das ergäbe vom Bauarbeiterverband jährlich die Summe von etwa 10 Millionen Mark.

Moskau kommandiert: Kehrt!

Wohin der Sowjetismus geführt hat, haben wir zuletzt noch in Nr. 50 der „Bergarb.-Ztg.“ eingehend dargestellt. Rußland geht mit riesigen Schritten zurück zum Kapitalismus, aber zu einem System des Sozialkapitalismus ganz eigener Art. Es bringt für die Arbeiterklasse alle Nachteile, ohne den Schutz selbstgegründeter politischer und gewerkschaftlicher Organisationen. Die Umstellung in Rußland drückt sich auch in einer Wandlung der praktisch-politischen Anschauungen der russischen Kommunistenführer aus. Wandlungen der Anschauungen in Rußland bedingen aber auch entsprechende Umstellungen für die Gruppen der russischen kommunistischen Partei in Deutschland, Frankreich, Italien usw.

Für die deutschen Kommunisten gibt Karl Kabel entsprechende Anweisungen zum Umlernen in der Berliner „Roten Fahne“. Im wesentlichen verlangt Kabel nicht weniger als die Bereitschaft zur Realisationspolitik. Er sagt u. a.:

„Manche Genossen haben gesagt, sie können nur einer Arbeiterregierung angehören, aber niemand hat versucht, diese Behauptung zu begründen. Man kann sie auch nicht beweisen. Die kommunistische Partei kann jeder Regierung angehören, die gewillt ist, mit dem Kapitalismus ernst zu kämpfen. Es gibt keinerlei prinzipielle Hindernisse der Teilnahme der kommunistischen Partei an einer Regierung, wie den Kampf gegen das Kapital zu führen genötigt ist.“

Damit geht Kabel über die Politik der Kommunisten in Sachen und Lehrlingen weit hinaus, die dort sozialistische Regierungen nur indirekt unterstützen. Er hält die aktive Teilnahme an der Regierung auch im demokratischen Staat für unbedenklich. Ja, er schreibt weiter:

„Wir werden eine Arbeiterregierung, wenn sie auch glaubt, sich auf dem Mittel der Demokratie beschränken zu können, in ihrem Kampfe gegen das Kapital mit allen Mitteln unterstützen, wie es die Resolution des Zentralkomitees sagt, d. h. wir werden, wenn es notwendig ist, nicht nur für diese Regierung mit den Waffen in der Hand kämpfen, sondern auch die Mitverantwortung sowie die Teilnahme übernehmen.“

Da Kabel nun mit der Waffe in der Hand demokratische Regierungen unterstützen will, kommt die Ausschüttung der deutschen kommunistischen Zentrale und die Maßregeln bei ihm sehr schlecht weg. Ohne sie direkt zu nennen, beurteilt er sie in folgenden Sätzen:

„Eine Arbeiterrepublik, die Diktatur des Proletariats, ist in Deutschland nur möglich, getragen von dem Willen der Mehrheit des Proletariats. Bevor das Proletariat durch die Politik der sozialistischen Regierung nicht überzeugt sein wird, man müsse einen Schritt weiter tun über die Demokratie hinaus, werden wir nicht versuchen, dieses Ziel auf dem Wege der Aktion der Minorität zu erreichen.“

Kabel wendet sich auch gegen das neue kommunistische Ausschreiben, wenn auch in vorsichtiger Form. Aber der Sinn ist doch eindeutig, wenn er schreibt:

„Wir sind hier (in Rußland) überzeugt, daß unsere Solidarität mit den hungernden Genossen unsere Entlastung gegen ihre Behandlung die Partei nicht verhindern wird, die Sozialisten kühl und ruhig zu beurteilen. Wir helfen den Opfern des Bürgerkrieges nicht, wenn wir durch eine neue Niederlage im Bürgerkrieg der Bourgeoisie helfen, sich noch fester in den Sattel zu setzen und den Sozialdemokraten Argumente für ein Bündnis mit der Bourgeoisie gegen die „kommunistischen Putsch“ geben.“

Diese Sätze enthalten ein Vernichtungsurteil gegen die bisherige kommunistische Politik, denn sie gesehen zu, daß alle bisherigen Putsch der Unstabilitäten nur dem Bürgertum geholfen haben, sich fester in den Sattel zu setzen. Sie geben zu, daß durch diese Putsch die sozialdemokratische Realisationspolitik gerechtfertigt worden ist. Denn alle Unstabilitäten Putsch, vom Januarputsch 1919 angefangen bis zum Märzputsch 1921, waren doch nur der von Kabel auf das schärfste beurteilte Versuch, einer kleinen Minderheit gegen die große Mehrheit der Bevölkerung und der Arbeiterklasse zur Macht zu verhelfen. Schärfer, als es durch Kabel hier geschieht, kann das bisherige Treiben der kommunistischen Partei nicht gebrandmarkt werden.

Die deutschen Kommunisten sind an Gehorsam gewöhnt. Sie machten Putsch, wenn Moskau sie für notwendig hielt, sie waren jetzt wieder dazu bereit, als die „lieben Tutscher“ sie forderten, sie werden abpassen, weil ihnen dazu von Moskau aus durch Karl Kabel die Anweisung gegeben wurde.

Im übrigen zeigen die Vorgänge der letzten Zeit — Vorbereitungen zum Putsch und Abpassen aus Rußland — welche Verwirrung die kommunistische Minderheit zum Kapitalismus in Rußland in den Köpfen der Kommunisten angeht hat. Kabel, Lenin, Bucharin und Genossen werden viele „theoretische“ Artikel schreiben müssen, bis ihre Gefolgschaft wieder einmal den Moskauer Forderungen entsprechend umgelehrt hat.

Internationale Rundschau.

Der Antikundentag in Gefahr.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf, Albert Thomas, wollte kürzlich in Berlin, um bei der Regierung wegen der Durchführung des Washingtoner Abkommens vorzusprechen. Thomas ist der Auffassung, daß die deutsche Regierung weit über in der Lage ist, wenigstens einen großen Teil der Verschüsse der Washingtoner Konferenz durchzuführen, als das in gewissen anderen Ländern der Fall ist. Er verhandelte auch mit dem Vorsitzenden des IAW, Theodor Leipart. Insbesondere lenkte der Leiter des Internationalen Arbeitsamtes die Aufmerksamkeit Leiparts auf die Bedeutung des Antikundentages nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas. Von den Industriellen der verschiedenen Länder werden im Augenblick Angriffe gegen den Antikundentag unternommen. Die Arbeiter müssen sich zur Abwehr bereit halten.

Den Graben ausfüllen!

In Peronne waren Deutsche und Franzosen beisammen. Man hatte das Gebiet von elf Dörfern befestigt, die für den Aufbau durch deutsche Arbeiter in Aussicht genommen sind. Dann setzte man sich zu freundschaftlicher Unterredung zusammen, die Deutschen Silberbräutigam, Cassenbach und Wagner, und von den Franzosen Ingenieur Marcel Laurent, Architekt Lagache und Ingenieur Roger Franca. Sechs Gewerkschafter.

Cassenbach sagte in seiner Rede: „Wir hören in Deutschland nur die Stimmen von Poincaré, von Foch, von Lefebvre. Und doch haben wir den besten Willen, mit den Vätern der Entente gemeinsame Arbeit zu tun. Wir glauben noch immer daran, daß das möglich sein wird. Wir werden alles tun, um Deutschland über die wahren Empfindungen des französischen Volkes aufzuklären. Wir bitten Sie, das gleiche in Frankreich zu versuchen, damit die Franzosen erfahren, wie die Arbeiter in Deutschland denken.“

Marcel Laurent antwortete: „Es besteht in Deutschland ein großer Irrtum über die wahren Empfindungen des französischen Volkes. Die Stimmen Poincarés und Lefebvres sind nicht die Stimmen des Volkes. Sie wollen nur, daß Deutschland in die Knie vor ihnen niederfällt. Die deutsche Arbeiterbewegung ist nicht bereit, diesen Schritt zu tun.“

noch trennt, ausfüllen, indem wir gemeinsam am Aufbau der Ruinen arbeiten. Wir wissen, was Deutschland jetzt leidet, aber Sie dürfen nicht vergessen, was wir Franzosen gelitten haben und noch leiden. Sie finden den Friedensvertrag zu hart, weil er von denen, die ihn durchführen sollen, mehr nach den Wünschen des Kasses als im Geiste der notwendigen Aufbaues angehandelt wird. Wir wissen, daß der Militarismus bei uns wieder Fuß zu fassen versucht. Wir tun alles, um ihn zu bekämpfen, und erwarten, daß die Deutschen in eurem Lande das gleiche tun.“

Die französischen Bourgeoisblätter speien Gift und Galle ob dieser Reden. Aber die Völker werden sich endlich finden! Der Graben wird ausgefüllt.

Ausgang der holländischen Bergarbeiteröhne.

Unserem holländischen Bruderorgan „De Mijnwerker“ entnehmen wir folgende Lohnsätze (in Gulden pro Schicht):

	1. Viertel 1921 ohne Zuerungszuschlag	mit Zuerungszuschlag	3. Viertel 1921 ohne Zuerungszuschlag	mit Zuerungszuschlag
Gauer	8,09	9,36	7,87	8,66
Schiebmesser	8,23	9,75	8,26	9,22
Lehrbauer	7,14	7,95	7,—	7,61
Schlepper vor Ort	6,35	7,05	6,25	6,74
Arbeiter unter 18 Jahren	3,52	3,63	3,35	3,25

Durchschnittslohn unterirdischer Arb. 6,91 7,96 6,81 7,47
Durchschnittslohn oberirdischer Arb. 4,57 5,54 5,56 5,17
Durchschnittslohn aller Grubenarbeiter 6,17 7,19 6,11 6,75

Uns vorstehender Zusammensetzung ist ersichtlich, daß besonders die Zuerungszuschläge in Abzug gebracht worden sind.

Bergarbeiterstreik in der Tschechoslowakei.

Durch Provokation der Werksbesitzer wurden die Bergarbeiter Tschechiens in eine Lohnbewegung gedrängt, welche für die Republik verhängnisvoll werden konnte. Die Unternehmer des Mährisch-Schlesischen Reviers kündigten im November eine 10prozentige Lohnreduzierung an. Eine Realisationskonferenz der tschechoslowakischen Bergarbeiter forderte hierauf die Kameraden des Mährisch-Schlesischen Reviers auf, die Arbeit niederzulegen, falls die Werksbesitzer bei ihrer Ankündigung blieben. Gleichzeitig beschloß die Konferenz, daß, falls Nachdruck notwendig, auch alle anderen Reviere in den Streik zu treten haben. Die Betriebsräte des Reviers stellten Gegenforderungen. Inzwischen wurde von der Regierung eine Schlichtung des Streiks in die Wege geleitet. Da die Verhandlungen durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer in die Länge gezogen wurden, traten die Bergarbeiter des Mährisch-Schlesischen Reviers (33 Bezügen mit 45 000 Mann Belegschaft) am 5. Dezember in den Streik. — Da ein starker Generalkrieg der tschechoslowakischen Bergarbeiter bevorstand und auch politische Folgen zu erwarten waren, griff die Regierung nun kräftiger zu, so daß in zwei Tagen eine Einigung erzielt wurde. Der Lohn wird von 50 auf 58 Kronen erhöht, während sich die Bergarbeiter zu einer 20prozentigen Produktionssteigerung bereit erklärt haben. Letzteres hätte die Regierung übrigens ohne Streik haben können, da die vorerwähnte Realisationskonferenz der Bergarbeiter eine freiwillige Produktionssteigerung bereits beschlossen hat.

Klagen der amerikanischen Bergarbeiter.

Der Bergarbeiterkongreß in Amerika, an welchem 15 000 Delegierte der Bergarbeiter der Vereinigten Staaten und Kanadas teilnahmen, hat den Beschluß gefaßt, von der amerikanischen Gesetzgebung die Abschaffung des untragbaren Systems der Grubenaufsicht durch Delegation und durch von Unternehmern bestellte Gendarmen, welches in den meisten Staaten noch geübt wird, zu fordern. Die Bergarbeiter wollen sich nicht länger als Sklaven behandeln lassen.

Knappschaftliches Familienhilfe.

Die Generalversammlung des Allgem. Knappschaftsvereins Bochum, welche am 15. Oktober 1920 stattfand, hat den Vorstand ermächtigt, freie ärztliche Behandlung für die versicherungsfreien Familienangehörigen der Krankenkassenmitglieder zu beschließen und zu regeln. Dessen Beschluß hat der Vorstand ausgeführt, als er vom 1. April 1921 ab den versicherungsfreien Familienangehörigen der Versicherten der Krankenkasse Familienhilfe als freiwillige Leistung der Krankenkasse gewährte. Berechtig sind, unter der Voraussetzung, daß sie ständig zum Haushalt des Kassenmitgliedes gehören und nicht Mitglieder einer anderen Krankenkasse sind oder sein müssen:

1. die Ehefrau bzw. die an deren Stelle den Haushalt führende Anverwandte;
2. die Kinder, welche das 15. Lebensjahr noch nicht überschritten haben;
3. Ältere, jedoch gänzlich erwerbsunfähige Kinder;
4. erwerbsunfähige Eltern, Schwiegereltern und sonstige Verwandte, deren Unterhalt von dem Kassenmitglied nachweislich ganz oder vorwiegend aus seinem Arbeitsverdienst bestritten wird.

Die Berechtigung erstreckt sich auf die Dauer der Mitgliedschaft des Versicherten. Gewährt wird:

1. freie ärztliche Behandlung durch die angehenden Kassenärzte;
2. sachärztliche Behandlung nach Überweisung durch den Kassenarzt, und zwar durch die angehenden Augenärzte und Zahnärzte für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden, für Hals- und Geschlechtskrankheiten und für Frauenleiden im engeren Sinne (Krankheiten der weiblichen Gebärd- und Geschlechtsorgane außer den eigentlichen Geschlechtskrankheiten).

Statt der freien ärztlichen Behandlung kann für die Dauer von sechs Wochen Selbstbehandlung in einem der vom Vorstand bestimmten Krankenhäuser einschließlich Verbände, Arzneien, Wundbehandlung und sonstiger besonderer Behandlung gewährt werden. Nicht gewährt werden Fahrtkosten und ähnliche Nebenkosten sowie die Selbstbehandlung in einem Krankenhaus und die Kosten für den Unterhalt. Für die Kosten der Selbstbehandlung kann die Hälfte des Gesamtspegefages in Anspruch gebracht werden.

Kommen Beiträge mit einer ausreichenden Anzahl von Ärzten und Krankenkassen nicht zustande, so können statt der freien ärztlichen Behandlung 75 Prozent der nachweislich für die gleichen Zwecke aufgewendeten Kosten gezahlt werden.

Auf Antrag der Verbandsstellen hat der Knappschaftsvorstand in seiner Sitzung am 8. November 1921 beschlossen, vom 1. Jan. 1922 ab die Kur- und Verpflegungskosten der erkrankten Familienangehörigen in einem Krankenhaus für die Dauer von acht Wochen ganz zu übernehmen, wenn die Unterbringung des oder der Erkrankten in einem Krankenhaus nach Ansicht des behandelnden Arztes notwendig erscheint. Durch diesen Beschluß sind sehr viele Wehrungsverweigerungen und Schreibereien beseitigt. Ferner wurde beschlossen, auf Antrag des Versicherten Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenschwestern oder andere Pfleger namengebend auch dann zu gewähren, wenn die Aufnahme des oder der Erkrankten in einem Krankenhaus geboten, aber nicht ausführbar ist oder ein wichtiger Grund vorliegt, den Kranken in seinem Haushalt oder in seiner Familie zu bepflegen.

Bräder Knappschaftsverein.

In einer Vorstandssitzung wurden folgende Verbesserungsansätze der Knappschaftslisten angenommen:

Der so lange umfrittene § 23 der Satzung, wonach den Mitgliedern die Unfallrente auf das Krankengeld nach 13 Wochen angerechnet wird, ist aufgehoben worden. Dadurch erwächst den Kameraden, die infolge Unfall länger als 13 Wochen fern, ein großer Vorteil; die Unfallrente darf nur noch bis zum halben Betrage angerechnet werden. Angenommen wurde ferner der Antrag: „Die Familienhilfe ist auch Eltern und Geschwister der verheirateten Mitglieder zu gewähren, wenn die betreffenden Angehörigen in demselben Haushalt leben und das Mitglied der einzige Ernährer ist.“ Die Begründung des Antrages für die Ehefrau eines Mitgliedes wird von 150 auf 225 M. erhöht, ebenso für Knappschaftsweibinnen und Ehefrauen der Invaliden. Für Kinder unter 15 Jahren der Mitglieder, Invaliden und Witwen wird die Beihilfe von 75 auf 112,50 M. erhöht. Das Sterbegeld eines Mitgliedes beträgt 500 M. und das eines Weibens 300 M. Das Beerdigungsgeld eines Mitgliedes beträgt 100 M. und das eines Weibens 75 M. Das Beerdigungsgeld eines Invaliden beträgt 50 M. und das eines Weibens 40 M.

des Erzbergbauers überwiegen, da dort von den Werksbesitzern keine Feuerungszulagen gegeben werden und die Kohle der Invaliden usw. größer ist, wie im engeren Bergbau. Weiter wurde der Antrag angenommen, die erhöhten Unterhaltssätze sofort nach Reich in Kraft treten zu lassen, soweit dies technisch möglich ist.

Für Knappschaftskasse erwachen durch diese Unterhaltssätze erhebliche Ausgaben, welche durch die von der Bergorganisation gebildeten höheren Sanatorien, welche durch die Beiträge erhöht werden. Sie wurden ab 1. Dezember d. J. wie folgt festgesetzt: 1. Klasse 23,25 M., 2. Klasse 22,75 M., 3. Klasse 15,75 M., 4. Klasse 8,75 M., 5. Klasse 4,40 M. Falls der Grundlohn nach Schätzung des Bergbauers höchst 50 M. gekürzt wird, müßte der Beitrag entsprechend auf 31,25 M., 25 M., 18,75 M., 12,50 M. und 6,25 M. erhöht werden. Die Beiträge in der Penitentiarstelle bleiben wie bisher und betragen in der 1. Klasse 7,30 M., in der 2. Klasse 5 M. monatlich.

Bezüglich Erbauung eigener Krankenhäuser will man mit der Sterbungsorganisation in Verbindung treten. Auch wurde der Anlauf eines größeren Verwaltungsgebäudes — bereits in Köln — erwogen. B. Nea, Knappschaftskasseler.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Was wir tun werden!

In der Tagespresse erschien ein Korrespondenzartikel des Reichs- und Staatskommissars Mentlich unter der Überschrift: „Was werden die Bergarbeiter tun?“ Dieser Artikel löste einen Sturm von Zuschriften aus, die uns aus Kameradenkreisen zugehen. Raum mangel verhindert uns, dem Wunsch der Einsender auf Veröffentlichung in der „Bergarbeiter-Zeitung“ zu entsprechen. Es genügt aber, wenn wir einen Kameraden aus dem Förder Bezirk zu Wort kommen lassen, weil dessen Zuschrift fast alles das sagt, was die Einsender im allgemeinen sagen wollen. Der Kamerad schreibt:

„Wir freigeordneten Bergarbeiter kennen die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer jungen Republik, wissen auch, daß unser Wirtschafts-körper dem Steuertum verfallt, wenn wir ihm das notwendige Lebens-element, die Kohle, entziehen. Wie sieht es aber damit aus: In der Bergarbeiterschaft auch in der Lage, Mehrarbeit zu leisten? Das Brauen überkommt einen, wenn man die gleichen Gefallen sieht. Trotzdem ist der größte Teil der Kameraden gewillt, die hängenden Sorgen der Volksgenossen zu beiseite, wenn die andere Seite auch den Willen zeigt, den Bergarbeitern ihre Wünsche zu erfüllen.“

Wenn von den Bergarbeitern Mehrarbeit verlangt wird, erwarten wir vor allen Dingen, daß zuerst unsere längst gestellten Forderungen erfüllt werden: Reichsknappschaftsgesetz, Reichsberggesetz, Ausschluß der Unorganisierten von den Tarifverträgen. Wie steht es mit der Demokratisierung der Verwaltung — dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte, Nicht-Privatisierung, sondern Sozialisierung der reifen Betriebe verlangen wir. Wo bleibt diese? Wie ist es mit der Verteilung der Steuerlasten auf kapitalträchtige Schultern, vor allen Dingen Erhöhung sämtlicher Geld- und Sachwerte? Den Organisationen muß das Kontrollrecht eingeräumt werden, damit den wilden Uebererschichten Einhalt geboten wird.

Wenn diese Forderungen erfüllt sind, wird die Bergarbeiterschaft bereit sein, das Verlangte auf die Schültern zu nehmen.“ M. Z)

In diesen Zuschriften wird ferner darauf verwiesen, daß auf einigen Zechen des Ruhrreviers Feuerschäden eingelegt und Kohlen auf Straßen gestreut werden wegen Mangel an Waggons. Einige Betriebsräte klagen an, daß die Produktionssteigerung wegen Unfähigkeit der Werk-leistungen und ungenügender Betriebsrichtungen nicht entsprechend erfolgen kann. Die Realisierungen der Betriebsräte werden ignoriert. Sie klagen der Betriebsrat von Grimberg, daß die vorhandenen Förderwagen nicht ausreichen. Es fehlen mindestens 20 Förderwagen. Der Verwaltung sei dies bekannt und Abhilfe ist versprochen; gegeben ist jedoch nichts. Verschiedene Betriebspunkte erhalten erst um 11 Uhr die Förderwagen (die Arbeitszeit beginnt um 6 Uhr). Am 2. Dezbr. hat der Betriebsrat festgestellt, daß ein einziges Förderrevier mindestens 20 Wagen Kohlen mehr hätte fördern können, wenn genügend Förderwagen vorhanden gewesen wären.

Zersplitterter der Arbeiterchaft in Tätigkeit.

Wer glaubt, daß die Zersplitterung der Bergarbeiterschaft schon bis zum höchsten Grade sei, der irr. Augenblicklich sind Kräfte am Werke, noch weitere Organisationen zu gründen. Neben den unionistischen kommunistisch-syndikalistischen Zersetzern der gewerkschaftlichen Arbeiter-organisationen finden sich jetzt auch noch Anhänger und Förderer von Gruppenorganisationen aus dem Bereiche. Vor uns liegt die Einladung zu einer Schließung einer Veranstaltung nach Watten-scheid, in welcher ein sogenannter „Schließungskomitee“ gegründet werden soll, welcher nach dem weiteren Inhalt der Einladung auf „vollkommen neutralen Boden“ stehen soll. Wir sind der Auffassung, daß der neu zu gründende Bund gar nicht stehen, sondern bei seiner Gründung gleich am Boden liegen wird. Eine Erfüllberechtigung solcher Verbindungen liegt nicht vor. Mit demselben Recht dürften demnächst die Gruppen der Förderaufseher, Gauer, Reparaturwerker, Schlepper, Pferdearbeiter usw. auch zur Bildung besonderer Gruppenverbänden übergehen. Die Folge davon wäre, daß die Bergarbeitern in der Gesamtheit recht gründlich auseinanderorganisiert würden. Glauben die Schließungskomitee und Arrangure der Schließungskomitee und des Schließungskomitees, daß die anderen Berufsgruppen im Bergbau sich für weniger entscheidend stellen wie die Schließungskomitee? Man frage mal den einzelnen Kameraden, gleichviel, welcher Lohngruppe er angehört. Es gibt aber auch noch Personen, die, wenn sie das Wort „Meister“ mit ihrem Namen verbunden hören, mit geschwollener Brust in der Welt umherirren. Genau so geht es auch den Anhängern des Schließungskomitees. Die Zeit, wo keine Organisationen bei der gewaltigen Belegschaftskonzentration mit ständig wachsenden Arbeitermassen einen Interessenvertretung ihrer Mitglieder ausüben könnten, kommt nie! Nur der engste Zusammenschluß der Arbeiter in große, zentrale Organisationen bietet die Sicherheit für eine gute Vertretung in wirtschaftspolitischen Fragen. Nächtern urteilende Kameraden besuchen solche Veranstaltungen gar nicht.

Halere Jugendarbeit.

Ein junger Kamerad schreibt uns:

Wiesbach wird das für unsere Arbeiterbewegung so wichtige Gebiet der Jugendarbeit noch fast vernachlässigt. Wie verhält das ist, legen wir am besten, wenn wir uns mal vor Augen führen, welche Aufgaben derselben gestellt sind. Da ist erstens die Schulung in gewerkschaftlichen Fragen. Jeder, der in der Bewegung steht, weiß, was hier zu leisten ist und wie notwendig es ist, daß dies geschieht, denn letzten Endes ist nicht nur die Mitgliederzahl, sondern vor allen Dingen der Geist in der Organisation ausschlaggebend für die Erzielung unserer Ziele. Gerade jetzt, wo wir vor dem Zeitpunkt stehen, schließlich in die Wirtschaft hineinzubringen, um ihre Umformung in unserem Sinne herbeizuführen, ist es von besonderer Wichtigkeit, unsere Jugend mit diesen Fragen vertraut zu machen. Auch für die Festigkeit unserer Organisation ist es vorzuziehen, wenn schon unsere jüngsten Kameraden mit unseren Gewerkschaftsfragen bekannt werden. Es wäre die Gewähr gegeben, daß gewisse Bräutigam die Arbeiter nicht mehr so leicht irritieren und dadurch den Unternehmern unsere fortschreitende Unter-jochung erleichtern. Die Pflege der Kameradschaftlichkeit und des Bildungswesens muß in den Jugendabteilungen eine außerordentliche Förderung erfahren. Wie Arbeitsweise hier aufzuführen würde zu weit führen, überdies wird keine die Wichtigkeit angezeihen. Leider sind an vielen Stellen die Jungkameraden nicht in der Lage, selbst die Sache in die Hand zu nehmen; hier ist es Aufgabe der älteren Kameraden, einzugreifen und ans Werk zu gehen. Natürlich muß dann erst mit den Vätern gebunden werden, die ein Kamerad aus einer Zeitschrift ein mal ankünderte: „Unsere Jugendarbeit ist 50 Jahre zu früh angefangen!“ Das hat Segentheil der Fall ist, setzen wir in dem...

Wir sind der Auffassung, daß der neu zu gründende Bund gar nicht stehen, sondern bei seiner Gründung gleich am Boden liegen wird. Eine Erfüllberechtigung solcher Verbindungen liegt nicht vor. Mit demselben Recht dürften demnächst die Gruppen der Förderaufseher, Gauer, Reparaturwerker, Schlepper, Pferdearbeiter usw. auch zur Bildung besonderer Gruppenverbänden übergehen. Die Folge davon wäre, daß die Bergarbeitern in der Gesamtheit recht gründlich auseinanderorganisiert würden. Glauben die Schließungskomitee und Arrangure der Schließungskomitee und des Schließungskomitees, daß die anderen Berufsgruppen im Bergbau sich für weniger entscheidend stellen wie die Schließungskomitee? Man frage mal den einzelnen Kameraden, gleichviel, welcher Lohngruppe er angehört. Es gibt aber auch noch Personen, die, wenn sie das Wort „Meister“ mit ihrem Namen verbunden hören, mit geschwollener Brust in der Welt umherirren. Genau so geht es auch den Anhängern des Schließungskomitees. Die Zeit, wo keine Organisationen bei der gewaltigen Belegschaftskonzentration mit ständig wachsenden Arbeitermassen einen Interessenvertretung ihrer Mitglieder ausüben könnten, kommt nie! Nur der engste Zusammenschluß der Arbeiter in große, zentrale Organisationen bietet die Sicherheit für eine gute Vertretung in wirtschaftspolitischen Fragen. Nächtern urteilende Kameraden besuchen solche Veranstaltungen gar nicht.

Wir sind der Auffassung, daß der neu zu gründende Bund gar nicht stehen, sondern bei seiner Gründung gleich am Boden liegen wird. Eine Erfüllberechtigung solcher Verbindungen liegt nicht vor. Mit demselben Recht dürften demnächst die Gruppen der Förderaufseher, Gauer, Reparaturwerker, Schlepper, Pferdearbeiter usw. auch zur Bildung besonderer Gruppenverbänden übergehen. Die Folge davon wäre, daß die Bergarbeitern in der Gesamtheit recht gründlich auseinanderorganisiert würden. Glauben die Schließungskomitee und Arrangure der Schließungskomitee und des Schließungskomitees, daß die anderen Berufsgruppen im Bergbau sich für weniger entscheidend stellen wie die Schließungskomitee? Man frage mal den einzelnen Kameraden, gleichviel, welcher Lohngruppe er angehört. Es gibt aber auch noch Personen, die, wenn sie das Wort „Meister“ mit ihrem Namen verbunden hören, mit geschwollener Brust in der Welt umherirren. Genau so geht es auch den Anhängern des Schließungskomitees. Die Zeit, wo keine Organisationen bei der gewaltigen Belegschaftskonzentration mit ständig wachsenden Arbeitermassen einen Interessenvertretung ihrer Mitglieder ausüben könnten, kommt nie! Nur der engste Zusammenschluß der Arbeiter in große, zentrale Organisationen bietet die Sicherheit für eine gute Vertretung in wirtschaftspolitischen Fragen. Nächtern urteilende Kameraden besuchen solche Veranstaltungen gar nicht.

Wir sind der Auffassung, daß der neu zu gründende Bund gar nicht stehen, sondern bei seiner Gründung gleich am Boden liegen wird. Eine Erfüllberechtigung solcher Verbindungen liegt nicht vor. Mit demselben Recht dürften demnächst die Gruppen der Förderaufseher, Gauer, Reparaturwerker, Schlepper, Pferdearbeiter usw. auch zur Bildung besonderer Gruppenverbänden übergehen. Die Folge davon wäre, daß die Bergarbeitern in der Gesamtheit recht gründlich auseinanderorganisiert würden. Glauben die Schließungskomitee und Arrangure der Schließungskomitee und des Schließungskomitees, daß die anderen Berufsgruppen im Bergbau sich für weniger entscheidend stellen wie die Schließungskomitee? Man frage mal den einzelnen Kameraden, gleichviel, welcher Lohngruppe er angehört. Es gibt aber auch noch Personen, die, wenn sie das Wort „Meister“ mit ihrem Namen verbunden hören, mit geschwollener Brust in der Welt umherirren. Genau so geht es auch den Anhängern des Schließungskomitees. Die Zeit, wo keine Organisationen bei der gewaltigen Belegschaftskonzentration mit ständig wachsenden Arbeitermassen einen Interessenvertretung ihrer Mitglieder ausüben könnten, kommt nie! Nur der engste Zusammenschluß der Arbeiter in große, zentrale Organisationen bietet die Sicherheit für eine gute Vertretung in wirtschaftspolitischen Fragen. Nächtern urteilende Kameraden besuchen solche Veranstaltungen gar nicht.

Wir sind der Auffassung, daß der neu zu gründende Bund gar nicht stehen, sondern bei seiner Gründung gleich am Boden liegen wird. Eine Erfüllberechtigung solcher Verbindungen liegt nicht vor. Mit demselben Recht dürften demnächst die Gruppen der Förderaufseher, Gauer, Reparaturwerker, Schlepper, Pferdearbeiter usw. auch zur Bildung besonderer Gruppenverbänden übergehen. Die Folge davon wäre, daß die Bergarbeitern in der Gesamtheit recht gründlich auseinanderorganisiert würden. Glauben die Schließungskomitee und Arrangure der Schließungskomitee und des Schließungskomitees, daß die anderen Berufsgruppen im Bergbau sich für weniger entscheidend stellen wie die Schließungskomitee? Man frage mal den einzelnen Kameraden, gleichviel, welcher Lohngruppe er angehört. Es gibt aber auch noch Personen, die, wenn sie das Wort „Meister“ mit ihrem Namen verbunden hören, mit geschwollener Brust in der Welt umherirren. Genau so geht es auch den Anhängern des Schließungskomitees. Die Zeit, wo keine Organisationen bei der gewaltigen Belegschaftskonzentration mit ständig wachsenden Arbeitermassen einen Interessenvertretung ihrer Mitglieder ausüben könnten, kommt nie! Nur der engste Zusammenschluß der Arbeiter in große, zentrale Organisationen bietet die Sicherheit für eine gute Vertretung in wirtschaftspolitischen Fragen. Nächtern urteilende Kameraden besuchen solche Veranstaltungen gar nicht.

Wir sind der Auffassung, daß der neu zu gründende Bund gar nicht stehen, sondern bei seiner Gründung gleich am Boden liegen wird. Eine Erfüllberechtigung solcher Verbindungen liegt nicht vor. Mit demselben Recht dürften demnächst die Gruppen der Förderaufseher, Gauer, Reparaturwerker, Schlepper, Pferdearbeiter usw. auch zur Bildung besonderer Gruppenverbänden übergehen. Die Folge davon wäre, daß die Bergarbeitern in der Gesamtheit recht gründlich auseinanderorganisiert würden. Glauben die Schließungskomitee und Arrangure der Schließungskomitee und des Schließungskomitees, daß die anderen Berufsgruppen im Bergbau sich für weniger entscheidend stellen wie die Schließungskomitee? Man frage mal den einzelnen Kameraden, gleichviel, welcher Lohngruppe er angehört. Es gibt aber auch noch Personen, die, wenn sie das Wort „Meister“ mit ihrem Namen verbunden hören, mit geschwollener Brust in der Welt umherirren. Genau so geht es auch den Anhängern des Schließungskomitees. Die Zeit, wo keine Organisationen bei der gewaltigen Belegschaftskonzentration mit ständig wachsenden Arbeitermassen einen Interessenvertretung ihrer Mitglieder ausüben könnten, kommt nie! Nur der engste Zusammenschluß der Arbeiter in große, zentrale Organisationen bietet die Sicherheit für eine gute Vertretung in wirtschaftspolitischen Fragen. Nächtern urteilende Kameraden besuchen solche Veranstaltungen gar nicht.

Wir sind der Auffassung, daß der neu zu gründende Bund gar nicht stehen, sondern bei seiner Gründung gleich am Boden liegen wird. Eine Erfüllberechtigung solcher Verbindungen liegt nicht vor. Mit demselben Recht dürften demnächst die Gruppen der Förderaufseher, Gauer, Reparaturwerker, Schlepper, Pferdearbeiter usw. auch zur Bildung besonderer Gruppenverbänden übergehen. Die Folge davon wäre, daß die Bergarbeitern in der Gesamtheit recht gründlich auseinanderorganisiert würden. Glauben die Schließungskomitee und Arrangure der Schließungskomitee und des Schließungskomitees, daß die anderen Berufsgruppen im Bergbau sich für weniger entscheidend stellen wie die Schließungskomitee? Man frage mal den einzelnen Kameraden, gleichviel, welcher Lohngruppe er angehört. Es gibt aber auch noch Personen, die, wenn sie das Wort „Meister“ mit ihrem Namen verbunden hören, mit geschwollener Brust in der Welt umherirren. Genau so geht es auch den Anhängern des Schließungskomitees. Die Zeit, wo keine Organisationen bei der gewaltigen Belegschaftskonzentration mit ständig wachsenden Arbeitermassen einen Interessenvertretung ihrer Mitglieder ausüben könnten, kommt nie! Nur der engste Zusammenschluß der Arbeiter in große, zentrale Organisationen bietet die Sicherheit für eine gute Vertretung in wirtschaftspolitischen Fragen. Nächtern urteilende Kameraden besuchen solche Veranstaltungen gar nicht.

Wir sind der Auffassung, daß der neu zu gründende Bund gar nicht stehen, sondern bei seiner Gründung gleich am Boden liegen wird. Eine Erfüllberechtigung solcher Verbindungen liegt nicht vor. Mit demselben Recht dürften demnächst die Gruppen der Förderaufseher, Gauer, Reparaturwerker, Schlepper, Pferdearbeiter usw. auch zur Bildung besonderer Gruppenverbänden übergehen. Die Folge davon wäre, daß die Bergarbeitern in der Gesamtheit recht gründlich auseinanderorganisiert würden. Glauben die Schließungskomitee und Arrangure der Schließungskomitee und des Schließungskomitees, daß die anderen Berufsgruppen im Bergbau sich für weniger entscheidend stellen wie die Schließungskomitee? Man frage mal den einzelnen Kameraden, gleichviel, welcher Lohngruppe er angehört. Es gibt aber auch noch Personen, die, wenn sie das Wort „Meister“ mit ihrem Namen verbunden hören, mit geschwollener Brust in der Welt umherirren. Genau so geht es auch den Anhängern des Schließungskomitees. Die Zeit, wo keine Organisationen bei der gewaltigen Belegschaftskonzentration mit ständig wachsenden Arbeitermassen einen Interessenvertretung ihrer Mitglieder ausüben könnten, kommt nie! Nur der engste Zusammenschluß der Arbeiter in große, zentrale Organisationen bietet die Sicherheit für eine gute Vertretung in wirtschaftspolitischen Fragen. Nächtern urteilende Kameraden besuchen solche Veranstaltungen gar nicht.

Wir sind der Auffassung, daß der neu zu gründende Bund gar nicht stehen, sondern bei seiner Gründung gleich am Boden liegen wird. Eine Erfüllberechtigung solcher Verbindungen liegt nicht vor. Mit demselben Recht dürften demnächst die Gruppen der Förderaufseher, Gauer, Reparaturwerker, Schlepper, Pferdearbeiter usw. auch zur Bildung besonderer Gruppenverbänden übergehen. Die Folge davon wäre, daß die Bergarbeitern in der Gesamtheit recht gründlich auseinanderorganisiert würden. Glauben die Schließungskomitee und Arrangure der Schließungskomitee und des Schließungskomitees, daß die anderen Berufsgruppen im Bergbau sich für weniger entscheidend stellen wie die Schließungskomitee? Man frage mal den einzelnen Kameraden, gleichviel, welcher Lohngruppe er angehört. Es gibt aber auch noch Personen, die, wenn sie das Wort „Meister“ mit ihrem Namen verbunden hören, mit geschwollener Brust in der Welt umherirren. Genau so geht es auch den Anhängern des Schließungskomitees. Die Zeit, wo keine Organisationen bei der gewaltigen Belegschaftskonzentration mit ständig wachsenden Arbeitermassen einen Interessenvertretung ihrer Mitglieder ausüben könnten, kommt nie! Nur der engste Zusammenschluß der Arbeiter in große, zentrale Organisationen bietet die Sicherheit für eine gute Vertretung in wirtschaftspolitischen Fragen. Nächtern urteilende Kameraden besuchen solche Veranstaltungen gar nicht.

Wir sind der Auffassung, daß der neu zu gründende Bund gar nicht stehen, sondern bei seiner Gründung gleich am Boden liegen wird. Eine Erfüllberechtigung solcher Verbindungen liegt nicht vor. Mit demselben Recht dürften demnächst die Gruppen der Förderaufseher, Gauer, Reparaturwerker, Schlepper, Pferdearbeiter usw. auch zur Bildung besonderer Gruppenverbänden übergehen. Die Folge davon wäre, daß die Bergarbeitern in der Gesamtheit recht gründlich auseinanderorganisiert würden. Glauben die Schließungskomitee und Arrangure der Schließungskomitee und des Schließungskomitees, daß die anderen Berufsgruppen im Bergbau sich für weniger entscheidend stellen wie die Schließungskomitee? Man frage mal den einzelnen Kameraden, gleichviel, welcher Lohngruppe er angehört. Es gibt aber auch noch Personen, die, wenn sie das Wort „Meister“ mit ihrem Namen verbunden hören, mit geschwollener Brust in der Welt umherirren. Genau so geht es auch den Anhängern des Schließungskomitees. Die Zeit, wo keine Organisationen bei der gewaltigen Belegschaftskonzentration mit ständig wachsenden Arbeitermassen einen Interessenvertretung ihrer Mitglieder ausüben könnten, kommt nie! Nur der engste Zusammenschluß der Arbeiter in große, zentrale Organisationen bietet die Sicherheit für eine gute Vertretung in wirtschaftspolitischen Fragen. Nächtern urteilende Kameraden besuchen solche Veranstaltungen gar nicht.

